

<http://www.derwesten.de/staedte/witten/witten-erhaelt-kein-geld-aus-staerkungspakt-id11128153.html>

Finanzen

Witten erhält kein Geld aus Stärkungspakt

25.09.2015 | 18:10 Uhr



Foto:

Weil die Stadt nicht genug gespart hat, gibt es vorerst keine Finanzspritze von der Bezirksregierung. Der Kämmerer findet das ungerecht.

Bei vielen finanzschwachen Städten klingelt bald die Kasse: Sie erhalten zum 1. Oktober Geld aus dem Stärkungspakt. Witten ist nicht dabei. Seit Donnerstag hat es Kämmerer Matthias Kleinschmidt schriftlich, dass die Bezirksregierung Arnsberg für das Jahr 2015 nicht zahlt, weil die Voraussetzungen nicht erfüllt sind: Die Stadt habe nicht genug gespart.

Die Auszahlung sei „zunächst“ nicht möglich, betont Kleinschmidt. „Und zunächst heißt nicht endgültig.“ Das Geld könne auch zu einem späteren Zeitpunkt fließen, sofern die Zahlungsvoraussetzungen dann vorliegen. Auch im letzten Jahr hätte die Stadt die 7,1

Millionen Euro erst später bekommen. Schließlich arbeite man weiter an der Einhaltung des Haushaltssanierungsplans.

Doch dabei gebe es zwei entscheidende Faktoren, „die wir nicht beeinflussen können“, so der Kämmerer, weshalb er auch damit gerechnet habe, dass das Geld aus dem Stärkungspakt auf Eis gelegt werde: „Für die Gewerbesteuer kann ich nichts. Und für den Zuschussbedarf bei den Flüchtlingen auch nicht.“ Alle anderen Maßnahmen, die die Kommune selbst beeinflussen könne, seien ausgeführt worden. Dazu zählen ganz viele kleine Dinge, wie die Sachaufwandreduzierung, der planmäßige Personalabbau, die Anhebung der Vergnügungs- und Hundesteuer sowie der Energiekostenbeiträge für Vereine. „Und den Zuschussbedarf bei Friedhöfen haben wir auch ein Jahr eher reduziert“, nennt er nur einige Beispiele

Natürlich könne man der Bezirksregierung vor dem Hintergrund der gesetzlichen Vorgaben nicht vorwerfen, sich falsch verhalten zu haben. Trotzdem bleibt der Kämmerer dabei: „Wir haben unsere Hausaufgaben gemacht.“ Und deshalb fühle man sich „ungerecht behandelt“.

Lücke wird sich schließen

Er spricht von „mittelalterlicher Pädagogik“, die die Stadt an dieser Stelle zu spüren bekomme wie ein kleines Kind, das sich am Feuer verbrannt habe und seine Hand erneut hinein halten muss: Es sei bitter, auf der einen Seite so viel Lob für die gute Unterbringung der Flüchtlinge zu erhalten, auf der anderen Seite aber keine ausreichenden Mittel zu deren Finanzierung. Kleinschmidt hofft, dass es bald weitere Gespräche darüber gebe, den Aufwand für die Flüchtlinge etwa getrennt zu verrechnen oder Geld nachzulegen. „Dann könnte sich die Lücke schließen.“

Alles andere wäre bei einem Defizit von 15 Millionen allerdings auch „eine Katastrophe“. Denn die Situation wird nicht besser: Auch der Haushaltsausgleich für 2016 sei nur mit Konsolidierungsmitteln möglich.

Annette Kreikenbohm